



Dr. Gregor Kaiser
Sprecher für Wald und Nachhaltigkeit
sowie Haushaltskontrolle



Liebe Waldfreund*innen,

liebe engagierte Menschen,

ich möchte Euch und Sie als walddpolitischer Sprecher unserer Grünen Landtagsfraktion in unregelmäßigen Abständen zum Thema Wald, Jagd und Nachhaltigkeit aber auch zu anderen Themen, mit denen ich mich und wir uns als Fraktion beschäftigen, informieren. Gerne komme ich auch in Eure Kreise und Verbände für Veranstaltungen. Dazu meldet Euch einfach in meinem Büro.

2,5 Jahre im Landtag NRW – Ich ziehe eine Halbzeitbilanz

Ich ziehe eine überwiegend positive Halbzeitbilanz der schwarz-grünen Koalition im nordrhein-westfälischen Landtag. Trotz herausfordernder Zeiten, geprägt von globalen Krisen und gesellschaftlichen Spannungen, konnten wichtige Erfolge in der Klima- und Energiepolitik sowie bei der Stärkung demokratischer Institutionen erzielt werden.

Die vergangenen zweieinhalb Jahre waren von zahlreichen Unsicherheiten und Krisen geprägt, die den Alltag und das Leben der Menschen in NRW stark beeinflusst haben. Dennoch ist es uns gelungen, wichtige Weichen für eine nachhaltige und gerechte Zukunft zu stellen. Einen zentralen Erfolg sehe ich insbesondere in der Energiewende. Die Abkehr von fossilen Energieträgern, der beschlossene Kohleausstieg bis 2030 sowie der massive Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere Wind- und Solarenergie, sind Meilensteine grüner Politik. Besonders das Bürgerenergiegesetz, welches eine finanzielle Beteiligung der Kommunen und Bürgerinnen und Bürger an den Gewinnen aus erneuerbaren Energien festschreibt, ist ein wichtiger Schritt zur Demokratisierung der Energiewende. Zu meiner Halbzeitbilanz geht's hier und zu einem Bericht darüber in Lokalplus hier.

Wir reduzieren Sozialkürzungen im Landeshaushalt – und erreichen auch im Umweltbereich Verbesserungen

43 Millionen Euro mehr in die soziale Infrastruktur – davon profitieren auch Verbände im Kreis Olpe und Märkischen Kreis.

Zur zweiten Lesung des Landeshaushalts in der letzten Woche gab es einige gute Nachrichten für Sozialverbände, Eltern, Flüchtlings- und Integrationsorganisationen und auch die Umwelt. Als Abgeordneter war ich in den letzten Wochen in vielen Gesprächen mit Sozialverbänden und Flüchtlingsorganisationen. Natürlich waren die vorgesehenen Kürzungen im Landeshaushalt das vordergründige Thema. Ein Teil

der Kürzungen wird zurückgenommen, ein Teil der Projekte kann über andere Mittel finanziert werden. Mehr dazu hier.

Ganz besonders freue ich mich, dass wir nun ein Projekt aus dem Koalitionsvertrag in die Umsetzung geben, das waldökologische Institut. Mit 500.000 Euro fördern wir im Jahr 2025 dessen Gründung. Hiermit stärken wir die Waldökosystemforschung und den praxisorientierten Wissenstransfer und sichern diese langfristig durch Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von einer Million Euro in den kommenden Jahren ab.

Zum Haushalt im Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MLV) haben Norwich Rüße und ich gesprochen. Ihr findet unsere Reden hier (Norwich Rüße ab 8:04:20, meine Rede ab 8:36:50).

Verschiebung der EU-Entwaldungsverordnung

Waldzerstörung ist eine der größten Bedrohungen für das Klima und die biologische Vielfalt. Deshalb ist es gut, dass die EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) noch von der letzten EU-Kommission im Rahmen des „European Green Deal“ mit Grüner Unterstützung auf den Weg gebracht werden konnte. Die EUDR, die den Handel mit Produkten aus illegal gerodeten Wäldern einschränken soll, tritt jetzt allerdings ein Jahr später als geplant, zum 1.1. 2026, in Kraft. Diese Verschiebung wurde auch von der europäischen Grünenfraktion unterstützt und ist auch aus meiner Sicht begrüßenswert und notwendig. Nach schwierigen Verhandlungen, haben sich das Europäische Parlament und der Rat auf diese Verschiebung geeinigt. Die konservative EVP-Fraktion hatte im Zuge der Verschiebung versucht, die Verordnung abzuschwächen, u.a. durch die Einführung einer „0-Risiko-Kategorie“ für Länder mit geringem Entwaldungsrisiko. Trotz des Taktierens und Paktierens mit den Rechten Kräften im EU-Parlament, scheiterte die EVP damit.

Die Dringlichkeit, die Entwaldung weltweit zu reduzieren und den Schutz der Wälder zu fördern, bleibt hoch, aber zum 1.1.2025 waren hier weder Unternehmen noch Politik auf die Umsetzung der EUDR vorbereitet. Die Verschiebung des Inkrafttretens kommt Unternehmen entgegen, aber auch Bund und Ländern zur geordneten nationalen Umsetzung der EU-Verordnung.

Aquaponik in NRW

Zu „Aquaponik“, einem Kreislaufsystem aus Fischzucht und Pflanzenbau, konnte ich im letzten Plenum zu einem Antrag der FDP reden - ein hochtechnischer Ansatz, der sich einreicht in die Debatten um vertikale und urbane Landwirtschaft. Auf der einen Seite lassen sich hier effizient und wassersparend und auf kleiner Fläche Lebensmittel erzeugen. Auf der anderen Seite sind diese sehr kapitalintensiv und ohne Verbindung zu bäuerlicher Landwirtschaft. Die FDP will unter dem Deckmantel dieses Antrags eine weitgehende Liberalisierung vieler Bereiche schaffen, und sogar „Sonderwirtschaftsformen“ einführen. Das geht uns zu weit. Dennoch werden wir die Debatte im zuständigen Ausschuss weiterführen. Ein Link zu meiner Rede ist hier.

Integrationsausschuss

Auch im Integrationsausschuss standen und stehen wichtige Entscheidungen an. In der letzten Woche haben wir das FlüAG, Flüchtlingsaufnahmegesetz beschlossen.

Die Kommunen bekommen nun gut 15% mehr Geld, rückwirkend zum 1. Januar 2024. Eingeführt wurde auch ein Betrag für die Kreise, den diese auch an zivilgesellschaftliche Gruppen weiterleiten können. In Kürze erscheint noch eine Kommunalinfo der Fraktion zum Thema Integration und Haushaltsentscheidung. Diese ist dann auch auf der Fraktions-Homepage zu finden. Am 17.12. um 20 Uhr machen wir, die drei Grünen Mitglieder des Integrationsausschusses, einen Informationszoom insbesondere für Grüne Kommunal@s zu diesem Thema.

Diese Woche steht das Thema Bezahlkarte auf der Tagesordnung des Ausschusses und wahrscheinlich nächste Woche auf der Tagesordnung des Plenums. Die Bezahlkarte soll zum 1.1. eingeführt werden, mit einer Bargeldgrenze von 50€ sowie einer Opt out Regelung. Das bedeutet, dass die Entscheidung über die Einführung einer Bezahlkarte bei der jeweiligen Kommune liegt. An der Karte gibt es viel Kritik, die ich weitestgehend teile. Es wird eine schwierige Entscheidung werden.